

Gemeindekanzlei Arosa

Protokoll der 4. Sitzung des Gemeindeparlaments

Datum: Dienstag, 18. September 2018

Zeit: 13:30 – 15:30 Uhr

Ort: Waldhotel National, Arosa

Teilnehmer:

Gemeindeparlament

Daniel Ackermann
Christoph Junker
Markus Lütcher
Michael Meier
Alessandro Minnella
Ruth Moro
Ludwig Waidacher
Andrea Hagmann
Johannes Hemmi
Claudia Jegi-Pargätzi
Georg Mettier
Paul Schwendener

Gemeindevorstand

Lorenzo Schmid (Gemeindepräsident)
Yvonne Altmann
Peter Bircher
Bruno Preisig

Verwaltung

Peter Remek, Gemeindeschreiber
Jan Diener, Ressortleiter Soziales

GPK

Patric Iten

Entschuldigt:

Martin Michael, Gemeindeparlament
Jürg Sprecher, Gemeindeparlament
Rolf Bucher, Gemeindevorstand

Protokoll:

Michael Meli, Aktuar

Traktandenliste

1. Begrüssung
2. Protokollgenehmigung
3. Wahl für die Neubesetzung des Aktuariats des Gemeindeparlaments
4. Geschäfte
 - 13 Beteiligung der Gemeinde an einer zu gründenden Dachorganisation Gesundheitswesen im Umfang von CHF 6 Mio. mittels Sacheinlage durch Übertragung des Gebäudes "Alterszentrum Arosa", eines Teils des Grundstücks Nr. 128, auf welchem das Gebäude steht, sowie der Aktien der Arztpraxis Arosa AG
5. Vorstellung Kommunikationskonzept
6. Informationen des Gemeindevorstands
7. Hängige Aufträge / Anfragen
8. Aufträge / Anfragen / Fragestunde

1. Begrüssung

Gemeindeparlamentspräsident Paul Schwendener begrüsst die Mitglieder des Gemeindeparlaments, den Gemeindepräsidenten, den Gemeindevorstand, Patric Iten von der GPK und den Pressevertreter Uwe Oster sowie die anwesenden Zuschauer zur 4. Sitzung des Gemeindeparlaments im Jahr 2018 im Waldhotel National in Arosa. Für die Sitzung entschuldigt haben sich die Gemeindeparlamentarier Martin Michael und Jürg Sprecher sowie das Vorstandsmitglied Rolf Bucher. Paul Schwendener stellt fest, dass 12 von 14 Parlamentarier anwesend sind und das Parlament gemäss Verfassung somit beschlussfähig ist.

Paul Schwendener stellt die dem Parlament rechtzeitig zugestellte Traktandenliste zur Diskussion. Das Gemeindeparlament genehmigt die Traktandenliste einstimmig.

2. Protokollgenehmigung

Das Protokoll der 3. Sitzung vom 27. Juni 2018 wurde durch den Aktuar mit der Einladung am 4. September 2018 zugestellt. Der Parlamentspräsident stellt das Protokoll zur Diskussion. Es werden keine Änderungen und Ergänzungen beantragt. Das Protokoll wird somit einstimmig genehmigt und dem Verfasser verdankt.

3. Wahl des Aktuariats des Gemeindeparlaments

Die Parlamentspräsident erklärt, dass der bisherige Parlamentsschreiber, Jan Diener, aufgrund seiner Wahl zum neuen Gemeindevorstand seine Funktion als Parlamentsschreiber abgibt. Die Gemeindeverwaltung schlägt Michael Meli als neuen Aktuar des Gemeindeparlaments vor. Der Parlamentspräsident gibt das Votum frei und fragt, ob es andere Wahlvorschläge gibt.

Aus dem Parlament gehen keine Wortmeldungen oder Wahlvorschläge ein.

Schlussabstimmung:

Paul Schwendener lässt über den Vorschlag abstimmen.

Das Gemeindeparlament beschliesst:

1. Michael Meli wird einstimmig zum Aktuar des Gemeindeparlaments gewählt. Das Stimmenverhältnis beträgt 12:0 bei zwei abwesenden Parlamentariern. Protokollauszug an:
 - Gemeindekanzlei

4. Geschäfte

- 13 G1.2.10. Spitäler, Heilanstalten, Kliniken, Alters- und Pflegeheime, Sanatorien
Projekt zukunfftige Organisation Gesundheitswesen; Beteiligung der Gemeinde an einer zu gründenden Dachorganisation Gesundheitswesen im Umfang von CHF 6 Mio. mittels Sacheinlage durch Übertragung des Gebäudes "Alterszentrum Arosa", eines Teils des Grundstücks Nr. 128, auf welchem das Gebäude steht, sowie der Aktien der Arztpraxis Arosa AG

Antrag:

Der Parlamentspräsident liest den Antrag des Gemeindevorstandes vor:

"Werte Mitglieder des Gemeindeparlaments

Der Gemeindevorstand beantragt dem Gemeindeparlament, einer Beteiligung der Gemeinde Arosa an einer neu zu gründenden Dachorganisation Gesundheitswesen (gemeinnutzige Aktiengesellschaft mit einem Aktienkapital von CHF 6 Mio.) im Umfang von CHF 6 Mio. zuzustimmen und die Vorlage zuhanden der beschlussfassenden Urnengemeinde zu verabschieden. Die Beteiligung der Gemeinde erfolgt mittels Sacheinlage durch Übertragung des Gebäudes "Alterszentrum Arosa" und eines Teils des Grundstücks Nr. 128 im Umfang von ca. 3'048 m², auf welchem das Gebäude steht, sowie der Aktien der Arztpraxis Arosa AG an die zu gründende Dachorganisation Gesundheitswesen"

Eintreten:

Paul Schwendener gibt das Wort für das Eintreten auf das Geschäft frei.

Ludwig Waidacher erwähnt, dass man sich an der letzten Parlamentssitzung in der Sache grundsätzlich einig ist. Was in der Botschaft gefehlt hat, war eine klare Aussage zur Rettung sowie verständliche Zahlen zur neuen Organisation. Die erwähnten Mängel wurden mit der neuen Botschaft bereinigt, wodurch man auf dieses Traktandum aus seiner Sicht nun eintreten kann.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen seitens Parlament oder des Gemeindevorstandes gewünscht. Das Eintreten wird nicht bestritten und ist somit einstimmig beschlossen.

Sachverhalt:

Die Botschaft des Gemeindevorstandes an das Gemeindeparlament bildet die Grundlage für das vorliegende Geschäft.

Paul Schwendener erteilt dem Gemeindepräsidenten, Lorenzo Schmid, das Wort.

Lorenzo Schmid erwähnt, dass man an der letzten Parlamentssitzung die Vorteile des Vorhabens umfassend aufgezeigt hat und heute nicht mehr auf jedes einzelne Detail eingegangen werden soll. Die abgeänderten Inhalte in der Botschaft betreffen

insbesondere die Einbindung des Rettungsdienstes in die neue Organisation. Man ist in dieser Hinsicht auch mit der Rettung Chur so verblieben, dass die Eingliederung der Ambulanz in die neue Organisation erfolgt. Daneben wird im Organisationsmodell der Bereich Unternehmensentwicklung und Gesundheitstourismus in die Stabsstelle mit eingebunden. Die Darstellung der Kosten und Defizite sowie die Bilanzstruktur wurden ebenfalls im Anhang zur Botschaft ergänzt. Ein weiterer wichtiger Punkt ist das Vorgehen bezüglich der Übernahme der Mitarbeiter der Organisationen Arztpraxis Arosa AG, Alterszentrum Arosa, Spitex Region Schanfigg und des Rettungsdienstes. Es ist nicht das Ziel mit der neuen Organisation Strukturen abzubauen. Art. 333 ff. OR führt aus:

"Überträgt der Arbeitgeber den Betrieb oder einen Betriebsteil auf einen Dritten, so geht das Arbeitsverhältnis mit allen Rechten und Pflichten mit dem Tage der Betriebsnachfolge auf den Erwerber über, sofern der Arbeitnehmer den Übergang nicht ablehnt".

Damit werden alle Mitarbeitenden mit den bestehenden Verträgen übernommen. Es ist zum jetzigen Zeitpunkt noch offen, ob aufgrund der neuen Organisation neue Arbeitsverträge erstellt werden. Es ist nicht das Ziel der Dachorganisation die bestehenden Arbeitsverhältnisse zu kündigen.

Erwägungen / Detailberatung:

Christoph Junker präzisiert, dass entgegen der Aussage, dass die Gemeinde mittelfristig nur wenige oder gar keine Mittel mehr einschiessen sollte dann doch wieder Einschüsse notwendig sein könnten. Die aufgezeigte Bilanz zeigt auf, dass in den nächsten 1-2 Jahren nach wie vor Mittel eingeschossen werden müssen, um die Organisation auf solide Beine zu stellen. Die Gemeinde bleibt auch mit der Gründung der neuen Organisation in der Hauptverantwortung und wird zu Beginn noch zusätzlichen Support leisten müssen. Gegenüber der Bevölkerung sollte aufgezeigt werden, dass die Gemeinde auch unmittelbar nach der Gründung und in den ersten Jahren gegenüber der neuen Organisation in der Verantwortung bleibt und diese nicht fallen lassen wird. Diese Unterstützung der Gemeinde muss gegenüber der Bevölkerung kommuniziert und in die Botschaft mit einfließen.

Lorenzo Schmid erläutert, dass man dies sicher so in die Botschaft einfließen lassen wird und man heute nicht davon ausgeht, dass die Nachfolger im Gemeindevorstand das Gesundheitswesen fallen lassen. Man ist sich bei diesem Vorhaben bewusst, dass das Gesundheitswesen mit den aktuellen Jahresergebnissen wahrscheinlich nicht plötzlich in die Gewinnzone gelangen wird. Erfreulich zeigt sich jedoch bereits die Arztpraxis Arosa AG, welche einen kleinen Gewinn erzielt hat und wenn sich das Alterszentrum zusätzlich noch in Richtung Gesundheitstourismus orientiert, muss die ganze Situation nicht all zu pessimistisch beurteilt und das Defizit kann laufend verringert werden.

Christoph Junker erwähnt, dass die Aussagen in der Botschaft aus seiner Sicht im Hinblick auf die kommende Abstimmung sehr positiv formuliert wurden. Für eine verständliche Kommunikation und da nicht alle Einwohnerinnen und Einwohner über eine entsprechende Ausbildung verfügen, soll die Darstellung der Bilanz möglichst einfach und verständlich erfolgen.

Paul Schwendener fasst zusammen, dass in der Botschaft erwähnt werden soll, dass man bestrebt ist die Organisation kostendeckend zu betreiben, die Gemeinde aber auch nach der Gründung in der Hauptverantwortung bleibt und man auch bei einem Defizit die neue Organisation nicht fallen lassen wird.

Markus Lüscher führt aus, dass zwischen dem aktuellen politischen Prozess und der operativen Umsetzung unterschieden werden muss. Er ist nach wie vor von der Sache überzeugt. Das Gemeindeparlament soll auch nach der Abstimmung das Projekt im Auge behalten und begleiten. Eine grosse Verantwortung wird dem neuen CEO der Dachorganisation zukommen. In Sachen Finanzen sollte man sich auch im Vergleich zu den nationalen Problemen mit den Gesundheitskosten keinen Illusionen hingeben. Es hat sich gezeigt, dass für Kosteneinsparungen in diesem Bereich drastische Sparmassnahmen notwendig sein werden. Jedoch als erster Schritt ist die vorliegende Abstimmung sicherlich so durchzuführen und zielt in die richtige Richtung und er empfiehlt der Vorlage in dieser Form zuzustimmen und an die Urnengemeinde zu verabschieden.

Paul Schwendener bemerkt, dass die vorliegende Botschaft einen guten Überblick über die Sachlage vermittelt und die Ergänzungen so in die Botschaft mit eingeflossen werden können.

Schlussabstimmung:

Nachdem keine weiteren Voten mehr fallen geht Paul Schwendener zur Schlussabstimmung über.

Das Gemeindeparlament beschliesst:

1. Die einstimmige Zustimmung zur Beteiligung der Gemeinde an einer zu gründenden Dachorganisation Gesundheitswesen im Umfang von CHF 6 Mio. mittels Sacheinlage durch Übertragung des Gebäudes "Alterszentrum Arosa", eines Teils des Grundstücks Nr. 128, auf welchem das Gebäude steht, sowie der Aktien der Arztpraxis Arosa AG. Das Stimmenverhältnis beträgt 12:0, bei zwei abwesenden Parlamentariern.
 2. Die Vorlage wird zusammen mit der Botschaft an die beschlussfassende Urnengemeinde verabschiedet.
- Protokollauszug an:
- Vincenz Vital, Präsident des Verwaltungsrates der Arztpraxis Arosa AG, c/o Medizinisches Zentrum Arosa, Poststrasse 18, 7050 Arosa
 - Vincenz Vital, Stiftungsratspräsident, c/o Alterszentrum Arosa, Alteinstrasse, 7050 Arosa
 - Badrutt Jäger, Präsident Verein Spitex Region Schanfigg, c/o Haus Mesmeta, Pagigerstrasse 1, 7028 St. Peter
 - Ressort Soziales und Energie
 - Finanzverwaltung
 - Gemeindekanzlei

5. Vorstellung Kommunikationskonzept

Paul Schwendener bemerkt, dass das Kommunikationskonzept zusammen mit der Einladung verschickt und an der letzten Sitzung verteilt wurde. Es geht hierbei nicht darum, dass das Gemeindeparlament etwas genehmigt oder verabschiedet. Das Geschäft liegt in der Kompetenz der Exekutive und dieses informiert das Parlament darüber. Den Mitgliedern des Gemeindeparlaments steht es offen Anregungen darüber einzubringen.

Paul Schwendener erteilt dem Gemeindepräsidenten, Lorenzo Schmid, das Wort.

Dieser erwähnt, dass das Konzept bereits einmal an die Parlamentarier verteilt worden ist. Es ist nicht die Idee das ganze nochmals vorzustellen, sondern das die Parlamentarier Fragen dazu stellen und Anregungen einbringen können.

Ruth Moro erläutert, dass sie die Überarbeitung der Kommunikation und die Schaffung einer zentralen Kommunikationsstelle als zentralen Punkt vorgeschlagen hat. Der Bericht und der Antrag wurde im November 2017 überwiesen. Die Praxis einer offenen Kommunikation wird in der Praxis nicht gelebt. Die Kommunikation soll zentral von einer Kommunikationsstelle aus erfolgen.

Ein weiterer Punkt betrifft die Rubrik News auf der Homepage der Gemeinde und die Informationen aus den Gemeindevorstandssitzungen. Anstelle der Kurzinformationen soll je nach Geschäft ausführlicher über die Entscheide berichtet werden. Die Homepage wie sie jetzt daherkommt ist grundlegend gut, jedoch sehr funktional gegliedert und beinhaltet praktikable Informationen. Darüber ist der geplante halbjährliche Austausch zwischen Gemeindevorstand und Schulrat sehr sinnvoll. Nach Rücksprache mit der Schulratspräsidentin ist sie vom Vorschlag sehr angetan und begrüsst einen Austausch. Positiv sind ebenfalls die neue Sprechstunde des Gemeindepräsidenten und das geplante Ideenportal.

Ruth Moro ergänzt, dass man in den Zielgruppen auch die Grundeigentümer wie beispielsweise die Bürgergemeinde Chur hinzufügen könnte. Ebenfalls sollte man den Austausch mit den Ortsparteien fördern. Dadurch sollen diese etwas mehr Gewicht erhalten. Für die Erfolgskontrolle soll eine wiederkehrende Überprüfung des Informations- und Kommunikationskonzeptes erfolgen. Denkbar wäre beispielsweise eine Überprüfung pro Legislaturperiode.

Lorenzo Schmid bedankt sich bei Ruth Moro für ihren Einsatz und die sehr guten Anregungen. Er hat zu ihren Ausführungen noch zwei Fragen.

Er möchte wissen, ob es angedacht ist die detaillierteren Informationen aus den Gemeindevorstandssitzungen im Amtsblatt und auch auf der Homepage aufzuführen, oder genügt es wenn eine detaillierte Darstellung auf der Homepage erfolgt. Ruth Moro bestätigt, dass eine detailliertere Ausführung auf der Homepage ausreichend ist.

Die zweite Frage betrifft die Kommunikationsstelle. Als Stabsstelle ist dies normalerweise eine klassische Aufgabe der Gemeindeganzlei. Es ist wahrscheinlich nicht im Sinne des Konzeptes, dass dafür eine neue Person angestellt oder der Kommunikationsauftrag an Dritte vergeben wird. Es wäre sicherlich sinnvoll die Kommunikationskanäle im Konzept zu präzisieren. Was die Kommunikation innerhalb der Gemeinde betrifft, informieren die jeweiligen Departementsvorsteher

Markus Lüscher bemerkt, dass er das Konzept grundsätzlich gutheisst. Er ist jedoch ein Befürworter von klaren und verbindlichen Aussagen. Unter diesem Aspekt hat es im vorgelegten Konzept einige schwammige Formulierungen. Das ganze Konzept wird letztendlich daran gemessen wie dieses in der Praxis umgesetzt und gelebt wird. Als Teil dieses Konzeptes muss später auch das Öffentlichkeitsprinzip mit einfließen. Vorausgesetzt, dass dieses von der Bevölkerung an der Urne angenommen wird.

Punkt 1.2 "Öffentlichkeitsprinzip im Kanton GR"

Die Bezeichnung, dass die Gemeinde Arosa sich an das kantonale Öffentlichkeitsprinzip anlehnen möchte, sollte klarer formuliert werden. Lorenzo Schmid erwähnt, dass man dies auch im Hinblick auf das kommunale Öffentlichkeitsprinzip klarer formulieren wird.

Punkt 1.6 "Grundsätze der Kommunikation"

Das Wort "adäquat" sollte hierbei entfernt werden. Adäquat bedeutet für jede Person etwas Anderes und kann daher nicht genau definiert werden. In Abs. 5 lautet der Wortlaut auch "wir versuchen" und sollte deutlicher ausformuliert werden. Lorenzo Schmid führt aus, dass man diese Bezeichnung bewusst aufgenommen hat, um im Einzelfall entscheiden zu können ob und wie man kommunizieren möchte. Versieht man den Abschnitt einzig mit der Formulierung "transparent" müsste nahezu alles gegen aussen kommuniziert werden. Es gibt jedoch Situationen und Entscheide, welche es je nach Sachlage rechtfertigen, dass diese nicht gegen aussen dargelegt werden. Die Entscheidungsbefugnis muss hierbei bei der Gemeinde bleiben.

Punkt 1.7 "Zuständigkeit und Verantwortung"

Hier steht geschrieben, dass der Gemeindepräsident und der Gemeindegemeinschafter die Zuständigkeit je nach Thema und Situation an andere Personen delegieren können. Es sollte geprüft werden, ob man nicht auch hier eine klare Formulierung wählt und beispielsweise den Gemeindevorstand aufführt und die Bezeichnung "andere Personen" weglässt und die jeweiligen Personen und deren zugewiesenen Sachthemen direkt zu bezeichnen, so dass die Leute wissen an wen sie sich direkt wenden können.

Punkt 4.6, Absatz 2 "Medienanfragen"

Hierbei stellt sich die Frage, ob es rechtlich zulässig ist, den Mitarbeitenden einen Maulkorb zu verpassen und dieser Passus nicht mit dem Recht nach freier Meinungsäusserung in Konflikt kommt. Lorenzo Schmid erläutert, dass dieser Punkt einzig die Auskunft gegenüber Medienschaffenden betrifft und die Kommunikation über den Gemeindepräsidenten und dem Gemeindegemeinschafter koordiniert ist. Dieses Konzept dient auch zur Entlastung der Mitarbeitenden, welche froh sind nicht Auskunft geben zu müssen. Die Einwohnerinnen und Einwohner können wie gewohnt auf der Verwaltung nach Auskünften verlangen wie sie es bis anhin auch gewohnt sind. Hierbei wird die pragmatische Ausführung in Sachen Auskünften, sofern es der Datenschutz erlaubt, aufrechterhalten. Paul Schwendener bemerkt, dass sich die Kommunikationsregelung auch aus dem Arbeitsverhältnis ergibt. Eine solche Festlegung besteht auch beim Kanton, wo zum Beispiel politische Inhalte einzig über die Regierung zu laufen haben und sachliche Inhalte in der Regel durch die Amtsleiter beantwortet werden. Die Verantwortungen werden intern klar

kommuniziert und dies steht rechtlich auch in keinem Konflikt mit der Meinungsäusserungsfreiheit.

Punkt 4.10 "Gratulationen bei hohen Geburtstagen, Zivil-Trauungen, Geburten"

Sind die Richtwerte der Gratulationen irgendwo definiert, oder nach welchen Massstäben werden diese ausgesprochen? Peter Remek erklärt, dass er die exakten Werte nicht auswendig kennt, aber diese von der Gemeindekanzlei festgelegt sind. Dies Gratulationen betreffen unter anderem auch Hochzeitsjubiläen und bei sehr hohen Geburtstagen wird alle fünf Jahre ein kleines Präsent überreicht.

Punkt 4.5 "Öffentliche Gemeindeparlamentssitzung"

Ludwig Waidacher bemerkt, dass neben den Beschlüssen auch die Gesamtprotokolle auf die Homepage aufgeschaltet werden sollen und der Text im Konzept entsprechend ergänzt werden soll. Jan Diener merkt an, dass dies seit dem 01. Januar 2018 umgesetzt wird.

Alessandro Minnella führt aus, dass die sozialen Medien Fluch und Segen gleichzeitig sind. Er findet die Idee von Daniel Ackermann grundsätzlich gut und empfiehlt eine Version "Light" umsetzen. Sollte diese Art der Kommunikation gut ankommen, besteht später die Möglichkeit die Dienstleistung auszubauen. Peter Remek führt aus, dass bei anderen Gemeinden innerhalb der sozialen Medien primär Facebook als Kommunikationsplattform dient. Die Thematik wurde auch intern besprochen und man hat festgestellt, dass eine solche Plattform einen erheblichen Mehraufwand für die Verwaltung bedeutet und man eine solche Plattform auch im Hinblick auf beleidigende Äusserungen und Kommentare sehr genau und regelmässig überprüfen muss. Im Übrigen gibt es innerhalb des Kantons Graubünden keine Gemeinde, welche über Social Media kommuniziert. Alessandro Minnella bestätigt die Darlegung, jedoch sollte die Gemeinde diese Option im Auge behalten und nicht ausschliessen.

Markus Lütcher merkt an, dass die Gemeinde einen digitalen Dorfplatz einrichten könnte, welcher als Treffpunkt und Meinungsplattform für die Bevölkerung dient. Lorenzo Schmid bemerkt, dass eine Firma gerade diesbezüglich sich bei der Gemeinde gemeldet hat und ihr Produkt vorstellen wird.

Punkt 2.1 "Verantwortlichkeit für interne Kommunikation"

Christoph Junker erwähnt, dass der Gemeindeschreiber sowie auch die Ressortleiter für die interne Kommunikation verantwortlich sind und diese auf Gegenseitigkeit beruhen sollte.

Punkt 2.5.5 "Tägliche Postbesprechung" und 2.6 "Geschäftsverwaltungsprogramm Axioma"

In beiden Artikeln sollte der Produktname entfernt werden.

Paul Schwendener bemerkt, dass Ruth Moro ursprünglich vorgesehen hat ein Kommunikationskonzept auszuarbeiten, welches den Kommunikationsfluss gegen aussen regelt. Mit dem vorliegenden Papier hat sich die Gemeindeverwaltung ein sehr umfangreiches Konzept auferlegt, welches in dieser Form nicht notwendig gewesen wäre. Der Kanton arbeitet ebenfalls mit einem Konzept, welches jedoch einzig die Kommunikation gegen aussen regelt und auch nicht so umfangreich ist

wie dasjenige der Gemeinde Arosa. Aber es nun ein Arbeitsinstrument an welches man sich halten sollte und welches von der Verwaltung auch gelebt werden muss.

Da dieses Geschäft als reine Information dient, erfolgt keine Abstimmung. Paul Schwendener bedankt sich beim Gemeindevorstand für die Ausführungen.

6. Informationen des Gemeindevorstands

Lorenzo Schmid, Departement "Verwaltung, Finanzen"

Der Gemeindevorstand hat in Sachen "Gestaltung Bahnhofplatz" aufgrund der erfolgten Mitwirkungsaufgabe die Reissleine gezogen und die Bevölkerung zu einem Workshop eingeladen. Das Thema war bewusst nur auf den Bahnhofplatz beschränkt und nicht auf die Oberseeinszenierung. Aufgrund der vielen Anmeldungen erfolgt am 01. Oktober 2018 ein zweiter Workshop. Die Umsetzung ist für das Jahr 2019 vorgesehen.

Bruno Preisig, Departement "Soziales, Energie"

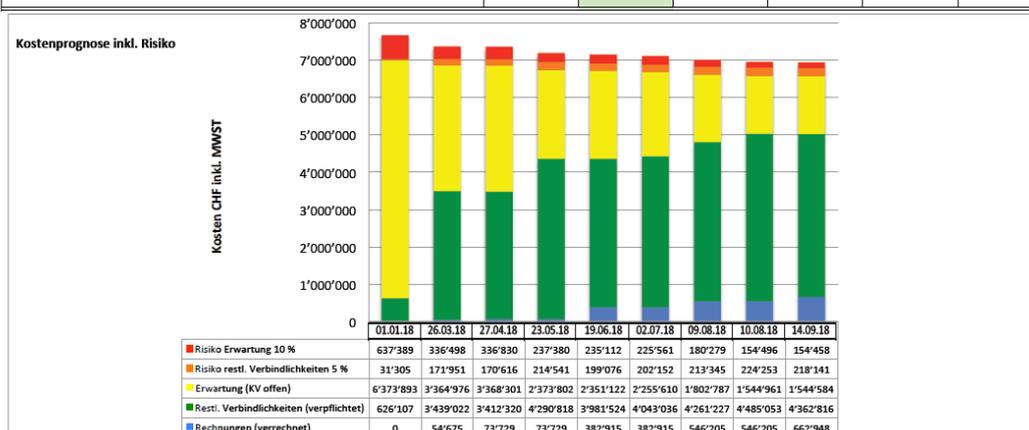
Bruno Preisig informiert über den aktuellen Kostenstand zum Projekt Schulhausneubau Arosa.

Projekt Neubau Schulhaus Arosa

Übersicht Kredite Prognose Kosten

Stand: 14.09.18

Realisierungs-Kredit	Projekt-Stand; SIA-Phase	Kredit	Prognose	Verbindlichkeiten (verpflichtet)	Erwartung (KV offen)	Rechnungen (verrechnet)	noch verrechenbar
C, Ausschreibung und Realisierung	SIA Phase 4, in Arbeit	7'000'000	6'570'348	5'025'764	1'544'584	662'948	4'362'816
C, Ausschreibung und Realisierung	BKP 06 Reserve	200'000	629'652	-	629'652	-	-
Total Realisierungs-Kredit		7'200'000	7'200'000	5'025'764	2'174'236	662'948	4'362'816



Der Bau ist in den vergangenen Monaten zügig vorangekommen und liegt dem Zeitplan voraus. Ferner konnten die Kosten bisher unter dem KV gehalten werden.

Yvonne Altmann, Departement "Hochbau, Planung"

Im Zuge der laufenden Ortsplanungsrevision haben öffentliche Sprechstunden stattgefunden. Diese dienten als Anlaufstelle für die Bedenken und Fragen der Bevölkerung, welche direkt vor Ort beantwortet werden konnten.

Das kommunale Zweitwohnungsgesetz wurde kürzlich durch den Kanton geprüft und ein erster Entwurf wird demnächst im Gemeindevorstand beraten.

Betreffend der Situation rund um das Posthotel gelangten kritische Stimmen an die Gemeinde, das diese aufgrund der laufenden Ortsplanungsrevision für die Verzögerung zum Neubau des Posthotels verantwortlich sei. Hier gilt es klarzustellen, dass das Posthotel resp. das Grundstück kein Objekt innerhalb der Ortsplanungsrevision ist und die Verzögerungen auch zu einem wesentlichen Teil den Grundeigentümern anzurechnen sind.

Peter Bircher, Departement "Tiefbau, Werke, Forst, Landwirtschaft"

Bei der laufenden Sanierung der Poststrasse wird die Etappe vom Dorfplatz bis zum "Lamm und Leu", welche eigentlich für das Jahr 2019 geplant war nun bereits in diesem Jahr ausgeführt.

7. Hängige Aufträge / Anfragen

Ruth Moro hat an der Parlamentssitzung vom 18. April 2018 einen Auftrag zur Änderung von drei Bushaltestellen beim Gemeindevorstand deponiert. Im Schreiben vom 24. August 2018 hat das Büro des Gemeindevorstandes den Auftrag beantwortet und zur Ablehnung empfohlen. Das Schreiben gilt als integrierender Bestandteil des Protokolls.

Paul Schwendener gibt das Wort frei:

Ruth Moro bemerkt, dass die Begründungen gut nachvollziehbar und überzeugend sind. Diese sollen auch gegenüber der Bevölkerung so erläutert werden, warum Bushaltestellen aufgehoben und evt. vorteilhaftere Bushaltestellen beim Valsana nicht geschaffen werden. Sie ist überzeugt, dass eine Bushaldebucht etwas abseits der Strasse besser und zeitgemässer als die jetzige Situation wäre. Eine Haltestelle Valsana wäre für die Anwohner von dieser Seite nur unwesentlich weiter gelegen. Sie ist überzeugt, dass mit der Bushaltestelle Valsana ein zentraler Ein- und Ausstiegspunkt geschaffen wird und eine Verbesserung für das Dorfgebiet wäre. Der Autoverkehr kann an dieser unübersichtlichen Stelle besser auf die Bushaltestelle sensibilisiert werden. Ruth Moro fragt, ob es möglich ist die Vorschläge und Ideen in das zukünftige Buskonzept mit einfließen zu lassen und die Lage dann neu zu beurteilen. Lorenzo Schmid bestätigt, dass ein Umbruch beim Buskonzept stattfindet und man derzeit dabei ist ein Neues zu entwickeln. Dabei wird man die Anregungen von Ruth Moro gerne einfließen lassen.

Ludwig Waidacher bemerkt, dass das Gemeindeparlament noch über den Auftrag abstimmen muss. Es ist zudem sinnvoll, dass der Gemeindevorstand und das Gemeindeparlament im Hinblick auf die aktuelle Debatte rund um die Nutzung des Bahnhofplatzes und die Gestaltung des Verkehrskonzeptes nicht bereits jetzt Entscheide trifft die man später bereut und die unnötige Kosten verursachen.

Schlussabstimmung:

Nachdem keine weiteren Voten mehr eingehen lässt Paul Schwendener über den Auftrag abstimmen.

Das Gemeindeparlament beschliesst:

1. Der Auftrag von Ruth Moro wird abgelehnt. Das Stimmenverhältnis beträgt 12:0 bei zwei abwesenden Parlamentariern.

8. Aufträge / Anfragen / Fragestunde

Paul Schwendener stellt fest, dass keine Aufträge oder Anfragen eingereicht wurden.

Fragestunde

Markus Lüscher stellt im Mail vom 10. September 2018 folgende Fragen:

- Frage 1: Einspracheverfahren betr. Surley
Wie ist der aktuelle Stand derzeit bei diesem Verfahren?

Der Gemeindevorstand hat das Baugesuch und die Einsprache an seiner Sitzung vom 10. Juli 2018 behandelt. Die Einsprache wurde dabei in den meisten Punkten abgewiesen. Die Baueingabe wurde unter der Auflage erteilt, dass ein Teil der Räumlichkeiten nicht als altrechtliche Wohnungen bewilligt werden können. Aufgrund der Gerichtsferien (15. Juli bis 15. August) wurde die Beschwerdefrist unterbrochen und der Entscheid ist noch nicht rechtskräftig. Bis zur Parlamentssitzung sollte bekannt sein, ob der Entscheid rechtskräftig wird.

Markus Lüscher fragt, ob der Einsprecher ganz oder teilweise Recht bekommen hat und welche Punkte abgewiesen worden sind. Der Entscheid ist für die Anwendung des Zweitwohnungsgesetzes wichtig.

Yvonne Altmann antwortet, dass dies ist innerhalb des Kantons einer der ersten Fälle ist, welcher aufgrund der Umnutzung als Zweitwohnungen so beurteilt werden muss. Es ist richtig, dass diverse Einwände von der Gegenpartei gekommen sind. Das Departement Hochbau hat die Sachlage aufgrund der Einwände beurteilt und erkannt, dass eine Wohnung nicht im altrechtlichen Sinne als Zweitwohnung umgenutzt werden kann und als Erstwohnung verbleibt. Gewisse Punkte sind Auslegungssache des Zweitwohnungsgesetzes. Der Einsprache muss teilweise recht gegeben werden. Der Einsprecher hat das Urteil ans Verwaltungsgericht weitergezogen. Die Gemeinde kann nun zum Sachverhalt beim Verwaltungsgericht Stellung beziehen. Die abgewiesenen Punkte betreffen einzig die altrechtlichen Wohnungen.

- Frage 2: Hotelprojekte Vetter und Posthotel
Wo liegen die Probleme bei den Verzögerungen dieser beiden Projekte?
Stehen sie im Zusammenhang mit der Ortsplanungsrevision?

Die Totalrevision zum Hotel Vetter wurde von der Regierung zur Überarbeitung zurückgewiesen. Das Ressort Hochbau ist mit der Eigentümerschaft in Kontakt betreffend weiterem Vorgehen. Beim Posthotel wurde eine Teilrevision der Ortsplanung eingeleitet, da der unveränderte Wiederaufbau (Hofstattrecht) nicht sinnvoll und der Bau eines wirtschaftlich zu betreibenden Hotels innerhalb der bestehenden Zonenvorschriften nicht möglich ist. Sobald die entsprechenden

Planungsunterlagen vorliegen, wollen diese dem Amt für Raumentwicklung zur Vorprüfung eingereicht werden.

Frage 3: Hotel Carmenna

Besteht ein konkreter Fahrplan bei einer erneuten Fristversäumnis?

Sind es immer noch die gleichen Personen, welche als Investoren in Erscheinung treten?

Lorenzo Schmid erläutert, dass hierbei zwischen öffentlichem und privatem Recht unterschieden werden muss. Die Fristverlängerung des Kaufrechtsvertrages wurde ihnen aufgrund der Rechtsunsicherheit wegen des Zweitwohnungsgesetzes gewährt. Es wäre nicht sachdienlich, ihnen einerseits z.B. beim Kaufrechtsvertrag die Frist auf privatrechtlicher Ebene zu gewähren und im Gegenzug die Baubewilligung im öffentlichen Recht zu verwehren. Die Frist läuft im Herbst dieses Jahres ab. Ihnen wurde angeboten, dass man über die Verlängerung des Kaufrechtsvertrages reden kann, sofern sie darlegen können wie das ganze Projekt zurück abgewickelt werden kann, wenn das Projekt innerhalb eines Jahres nicht realisiert wird und die entsprechenden Konsequenzen aufgezeigt werden. Die Projektgruppe befindet sich in einer schwierigen Situation. Die Gemeinde ist in einer günstigeren Situation und kann ihre Parzelle, wenn kein Hotel realisiert wird, anderweitig nutzen. Sie selber haben jedoch mit ihrem kleinen Parzellenteil in der Hotelzone kaum Möglichkeiten diesen in einer sinnvollen Art und Weise zu nutzen. Die Realität wird wahrscheinlich jedoch sein, dass die Gemeinde ihren kleinen Teil zu einem vernünftigen Preis übernehmen wird.

Frage 4: Schulhausneubau

Ist der finanzielle und zeitliche Rahmen bisher eingehalten worden?

Gab es kostenrelevante Schwierigkeiten/Verzögerungen beim Bau?

Diese Frage wurde von Bruno Preisig unter Traktandum 6 "Informationen des Gemeindevorstandes" beantwortet.

Frage 5: Lenkungsabgabe

An der vorletzten Parlamentssitzung erwähnte Yvonne Altmann den Lenkungsabgabebetopf von den ehemaligen Talgemeinden. Es existieren nun zwei «Töpfe». Dass die ehemaligen Talgemeinden diesen Topf nicht zum gleichen Tarif füllen können liegt auf der Hand. Dennoch; was waren die ausschlaggebenden Gründe zwei Töpfe einzurichten?

Werden allfällige Projekte auch getrennt finanziert?

Im Zusammenhang mit der Überarbeitung des Aroser Zweitwohnungsgesetzes ist vorgesehen, zwei verschiedene Töpfe zu schaffen. Begründet werden kann dies mit der unterschiedlichen Höhe der Lenkungsabgabe in Arosa (höher) und im Tal (tiefer) sowie der Tatsache, dass der bestehende Topf für die Lenkungsabgabe für die bisherige Gemeinde Arosa nur für Projekte in der Ortschaft Arosa verwendet werden darf. Projekte, die rein das Tal betreffen, würden durch den Topf für das Tal finanziert und umgekehrt. Bei Projekten, welche die Ortschaft Arosa sowie Projekte in den Talortschaften betreffen, müsste der Gemeindevorstand in seinen Beschlüssen wohl jeweils abwägen, zu welchen Teilen die Projekte aus den verschiedenen Töpfen finanziert würden.

Markus Lüscher führt aus, dass der Passus mit der Bezeichnung Ortschaft Arosa, evt. auf die Gemeinde Arosa umgewandelt werden sollte. Die aktuelle Bezeichnung ist für die Talortschaften eher ein Nachteil. Dem Fusionsgedanken sollte daher Rechnung getragen und ein Topf geschaffen werden.

Yvonne Altmann erklärt, dass diese Bezeichnung bewusst so gewählt wurde. Es bestehen zwei Töpfe, da die Finanzkraft innerhalb der Gemeinde sehr unterschiedlich ist. Die Schaffung zweier Töpfe wurde mitunter auch von Leuten aus den Talortschaften in der Vernehmlassung befürwortet, da sie gesamthaft bei weitem nicht einen solchen Leistungstopf wie diejenigen in der Ortschaft Arosa generieren können.

Frage 6: Hochsitzinitiative
Konnten zu dem Thema Jagdhochsitze schon Abklärungen getroffen werden und wo?

Peter Bircher äussert sich, dass man nicht von Null auf ein neues Reglement erarbeiten musste, sondern von den Gemeinden Flims und Jenaz Vorlagen erhalten hat. In diesem Rahmen wurde der erste Entwurf des Reglements erarbeitet. Der Vorstand wurde informiert, dass eine interne Vernehmlassung mit Vertretern von Wildhut und Forst derzeit läuft. Danach folgt eine erste Lesung im Gemeindevorstand. Die Jägersektion Montalin hat sich auch eingebracht und empfohlen von einem generellen Verbot von Hochsitzen abzusehen.

Paul Schwendener bedankt für die Ausführungen des Gemeindevorstandes zu den vorgängig eingebrachten Anfragen und gibt das Wort für weitere Meldungen frei.

Alessandro Minnella erwähnt, dass er ein Mitglied der Kommission der Parlamentarischen Aufgaben- und Leistungsüberprüfung ist. Der Fokus bei diesem Auftrag sollte nicht nur auf dem Sparen liegen, sondern das auch eine effektive Aufgaben- und Leistungsüberprüfung erfolgen kann, wodurch schlussendlich auch ein Mehrwert daraus resultiert. Lorenzo Schmid ergänzt, dass eine erste Sitzung mit ihm und den Ressortleitern erfolgt ist. Die Themen sind sehr interessant und herausfordernd. Wichtig ist dabei auch, dass mit den teilweise schwierigen Themen eine adäquate Kommunikation erfolgt und keine Falschmeldungen gestreut werden.

Offene Fragestunde

- Alessandro Minnella fragt wie der Stand des Tourismusgesetzes ist. Lorenzo Schmid erwähnt, dass ein erster Vorschlag von Kanton eingegangen und man diesbezüglich in engem Kontakt mit dem Kantonsjuristen ist. Inhaltlich steht das Gesetz soweit und geht demnächst in die Vernehmlassung.
- Michael Meier möchte wissen wie es um die beiden Fernwärmeprojekte des EWZ und der Energie 360° steht. Peter Remek erläutert, dass die Planungen zügig vorangetrieben werden. Bei Projekt mit dem EWZ beim Areal Ochsenbühl befindet man sich in der Detailabklärung mit Wärmezentrale und bei der Energie 360° ist man derzeit dabei das Grobkonzept auszuarbeiten.
- Michael Meier fragt wie man mit der Anfrage von Arosa Tourismus für die Nutzung des Ochsenbühlparkplatzes umgeht. Lorenzo Schmid bemerkt, dass

dieses Anliegen erst kürzlich bei der Gemeinde eingegangen ist und man sich dazu mit Arosa Tourismus noch zusammensetzt. Die Möglichkeit besteht jedoch, dass die Parkplätze beim Ochsenbühl zu wenig ausgelastet sind und diese als Lagerplätze genutzt werden könnten.

- Christoph Junker fragt, ob das Projekt für die Langlaufgarderobe in der Isla noch steht. Das Problem ist, dass es im Sommer in der Isla mehr Leute als im Winter hat und ein öffentliches WC fehlt. Lorenzo Schmid erklärt, dass das Vorhaben rund um das Langlaufgebäude einen Marschhalt erfahren hat. Die Initianten des Vorhabens sind aufgrund von Mehrkosten mit einem Nachtragkreditgesuch an die Gemeinde gelangt. Der Gemeindevorstand hat sie aufgefordert darzulegen wie der Bau und der Betrieb nun finanziert werden sollen und wird sich dazu mit ihnen zusammensetzen.
- Christoph Junker möchte wissen wie es bezüglich der Garagierung für die Winterdienstfahrzeuge steht. Im letzten Winter waren die Fahrzeuge teilweise in Provisorien untergebracht. Die Garagierung sollte für alle Unternehmen fair bleiben. Lorenzo Schmid bemerkt, dass das Anliegen aufgenommen wurde und die Gemeinde die Arbeiten damals an den günstigsten Anbieter vergeben hat.

Schlusswort des Parlamentspräsidenten

Paul Schwendener dankt den Anwesenden für die konstruktive und speditive Zusammenarbeit. Weiter bedankt er sich beim Publikum für das Interesse und lädt alle Anwesenden zum Kaffee ein. Damit schliesst der Parlamentspräsident die 4. Parlamentssitzung im Jahr 2018 und verweist auf die nächste Sitzung, welche am 21. November 2018 stattfindet. Er wünscht allen einen schönen Abend und eine gute Heimkehr.

NAMENS DES GEMEINDEPARLAMENTS

Der Parlamentspräsident:

Der Aktuar:

Paul Schwendener

Michael Meli